Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Millimeterzeile für Anzeigen aus Stadt und Amtsgericht 30 Pfennige, amtlich 40 Pfennige, auswärtige Aufträge 35 Pfennige, auswärtige Behörden 1 Reichsmark, amtliche Zeile 50 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 178 — Sonntag, den 31. Juli 1932 — 27. Jahrgang

10 Tage Burgfrieden nach der Wahl

Umzugs- und Versammlungsverbot — Zur Beruhigung der Leidenschaften — Ruhepause für die Polizei

Die Verordnung des Reichspräsidenten

Berlin, 29. Juli. Der Herr Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahltage in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, auch solche in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzutritt. Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage vom 31. Juli bis 10. August befristet. Nach der starken politischen Erregung, welche die Wahlzeit mit sich gebracht hat, soll das Verbot den politischen Frieden fördern. Es ist der Wunsch des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung, daß nach durchfochtenem Wahlkampf die politischen Leidenschaften wenigstens einige Tage lang ruhen sollen. Die letzten Wochen haben, wie der Bevölkerung bekannt ist, außerdem an den Dienst der Polizeibeamten so ungewöhnlich hohe Ansprüche gestellt, daß auch ihnen eine Ruhe- und Erholungspause gegönnt werden muß.

Berlin, 29. Juli. Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1.

Für die Zeit vom 31. Juli 1932 bis zum Ablauf des 10. August 1932 sind alle öffentlichen politischen Versammlungen verboten. Als politisch im Sinne dieser Vorschrift gelten alle Versammlungen, die zu politischen Zwecken oder von politischen Vereinigungen veranstaltet werden.

§ 2.

Die Bestimmungen der Zweiten Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 18. Juli 1932 in der Fassung der Dritten Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 22. Juli 1932 bleiben mit der Maßgabe unberührt, daß für die Zeit vom 31. Juli 1932 bis zum Ablauf des 10. August 1932 auch alle politischen Versammlungen unter freiem Himmel, die in fest umfriedeten, dauernd für Massenbesuch eingerichteten Anlagen stattfinden sollen, verboten sind.

§ 3.

Wer eine Versammlung, die nach den Bestimmungen dieser Verordnung verboten ist, veranstaltet, leitet, in ihr als Redner auftritt oder den Raum für sie zur Verfügung stellt, wird mit Gefängnis bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann. Wer an einer solchen Versammlung teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 RM bestraft.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem 31. Juli 1932 in Kraft.

Neudeck, 29. Juli 1932. (Unterschriften.)

Französische Rückfrage wegen der Schleicher-Rede

Keine Meinungsverschiedenheiten im Kabinett

Berlin, 29. Juli. Von zuständiger Seite werden die Zeitungsmeldungen bestätigt, daß der französische Ministerpräsident Herriot bei dem deutschen Botschafter in Paris von Hoesch Rückfrage wegen der Rundfunkrede des Reichswehrministers gehalten hat. Botschafter von Hoesch hat über seine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten nach Berlin berichtet. Auch der französische Botschafter in Berlin François-Poncet hat bei seinem Beileidsbesuch beim Reichsaußenminister wegen der „Niobe"-Katastrophe nach der Tragweite der Rede des Generals von Schleicher gefragt. Dieser Schritt des französischen Botschafters ist offenbar aus persönlicher Initiative und ohne Auftrag der französischen Regierung erfolgt. Dem Botschafter ist die Antwort geworden, daß das ganze Kabinett hinter dieser Rede stehe und daß diese Rede auch dem überwiegenden Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands entspreche.

Wie aus dieser Erklärung dem französischen Botschafter gegenüber hervorgeht, besteht über die Rundfunkrede des Generals von Schleicher im Kabinett vollkommene Einmütigkeit. Die Behauptungen eines Berliner Vormittagsblattes über Divergenzen zwischen dem Reichswehrminister einerseits und dem Reichskanzler und anderen Mitgliedern des Kabinetts andererseits sind völlig unzutreffend.

Der Reichskanzler spricht am Sonnabend im Rundfunk

Berlin, 29. Juli. Reichskanzler von Papen spricht morgen abend von 19.30 bis 20 Uhr für alle deutschen Sender.

Antrag auf Ungültigkeitserklärung der kommenden Reichstagswahl

Halle a. d. S., 29. Juli. Die Partei der Landwirte, Haus- und Grundbesitzer, Sitze Halle a. d. S., hat wegen Nichtzulassung ihres Wahlvorschlages im Wahlkreis 29, Leipzig, und der Verfügung über Anschlußerklärung beim Staatsgerichtshof in Leipzig durch ihren Rechtsbeistand Klage eingereicht und beantragt, die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 für ungültig zu erklären.

Verstärkung der oldenburgischen Polizeibestände durch SS.- und SA.-Leute

Oldenburg, 29. Juli. Der oldenburgische Ministerpräsident erklärte, daß sich die oldenburgische Regierung gezwungen gesehen habe, in Anbetracht der außerordentlichen Ueberlastung der staatlichen Polizei diese in ihrem Bestand zu verstärken. Bei der heute vorliegenden Krisenzeit sei es erforderlich gewesen, daß sofort eine Hilfspolizei geschaffen wurde. Diese Hilfspolizei in Stärke von 250 Mann ist gestern eingestellt worden, und zwar besteht sie aus ausgesuchten Männern der SS. und SA.

Brüning antwortet Schacht

Berlin, 29. Juli. In seiner Rede im Berliner Sportpalast hat Reichskanzler a. D. Dr. Brüning u. a. auch auf die bekannten Angriffe Dr. Schachts geantwortet. Er verwies zunächst darauf, daß Dr. Schacht bei ihm angefragt habe, ob die in der Presse auszugsweise veröffentlichten Aeußerungen aus seiner Freiburger Rede den Tatsachen entsprächen, und daß er darauf Dr. Schacht am 23. Juli habe mitteilen lassen, er würde versuchen, ihm nach seiner Rückkehr nach Berlin den authentischen Text seiner Freiburger Rede zur Verfügung zu stellen. Dr. Schacht habe das nicht abwarten können, sondern fußend auf unzulänglichen Berichten in einem Briefe vom 25. Juli schwere Angriffe gegen ihn gerichtet. Was ich in Freiburg gesagt habe, ist, so erklärte Dr. Brüning, folgendes: Gegenüber den Ausführungen, die Herr Dr. Schacht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" gemacht hat, wonach das von mir geleitete Kabinett die Vorbereitungen zur Lausanner Konferenz nicht aus dem Geiste des Kämpfens, sondern aus dem Geiste des Duldens getroffen habe, werde ich kurz auf die Vorgeschichte des Youngplanes eingehen, was die Verantwortlichkeit des Herrn Dr. Schacht feststellt. Ich habe auf die zu frühe Inangriffnahme der Revisionsverhandlungen des Dawesplanes hingewiesen und auf die später bei den Verhandlungen in Paris gemachten Fehler. Diese Auffassung muß ich aufrecht erhalten, denn sie entspricht der historischen Wahrheit, wie sie aus den beim Reichsarchiv niedergelegten Urkunden festgestellt werden kann. Es war ein Fehler, die Verhandlungen am Ende einer deutschen Hochkonjunktur zu beginnen, und es bleibt in meinen Augen ein Fehler, daß ein festes Angebot in Paris seitens des Herrn Dr. Schacht gemacht worden ist. Nachdem durch die Arbeit meines Kabinetts es gelungen war, schrittweise die Welt davon zu überzeugen, daß eine weitere Reparationszahlung unmöglich war, muß ich es auch angesichts des auch von Herrn Ministerpräsident Dr. Held neulich in Köln festgestellten öffentlichen Eintretens des Herrn Dr. Schacht für den Youngplan als einen unerhörten Vorwurf betrachten, wenn gerade diese Persönlichkeit derartige Angriffe gegen das von mir geführte Kabinett erhebt. Wenn Herr Dr. Schacht über die späteren Verhandlungen spricht, die ich in Freiburg nicht erwähnt habe, ob es richtig gewesen sei, im Jahre 1929/30 den Youngplan abzulehnen und auf die Befreiung des Rheinlandes auf Jahre hinaus nachträglich zu verzichten, so sind das Fragen, die sich zum Teil zwangsläufig entwickelt haben und über die auch die Auffassung des Herrn Dr. Schacht mehrfach gewechselt hat. Ich muß daher den Vorwurf der bewußten Unwahrheit auf das schärfste zurückweisen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede hat Dr. Brüning dann auch noch auf die Angriffe des Führers der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, geantwortet und dessen Beschuldigung mit der gleichen Schärfe zurückgewiesen.

Papen an Amerika

Berlin, 29. Juli. Reichskanzler von Papen hielt heute um 24 Uhr für das internationale Radioforum und die National Broadcasting Co. in Neuyork in englischer Sprache eine Rede, die in deutscher Uebersetzung u. a. lautet:

Ich bin mir bewußt, daß es für ausländische Beobachter nicht leicht ist, sich durch das Labyrinth der politischen Entwicklung in Deutschland seit dem Ende des Krieges hindurchzufinden. Ich ergreife daher gern die Gelegenheit, in meiner Eigenschaft als verantwortlicher deutscher Staatsmann einige Worte an die amerikanische Oeffentlichkeit zu richten. Ein amerikanischer Schriftsteller, Mr. George N. Shuster, hat in seinem kürzlich erschienenen Buch über Deutschland festgestellt, daß das Wesen der deutschen Einheit in der Verschiedenheit besteht. Das mag zutreffen. Andererseits bildet aber das Streben nach Ordnung und Autorität einen Grundzug des deutschen Charakters. Alle Deutschen stimmen Friedrichs des Großen klassischen Ausspruch „Ordnung muß sein" voll und ganz zu. Diese angeborene Ordnungsliebe des Deutschen hat sich in den Ereignissen der letzten Wochen erneut gezeigt, und Ordnung und Sicherheit in unseren innerpolitischen Angelegenheiten sind auch tatsächlich die wichtigsten Erfordernisse der Stunde. Die Außenwelt ist sich anscheinend noch nicht ganz der Tatsache bewußt, daß infolge der zunehmenden Spannung zwischen den Anhängern der äußersten Rechten und der äußersten Linken über Deutschland die Gefahr eines Bürgerkrieges schwebte. Der Kommunismus muß als eine revolutionäre Bewegung und eine Gefahr für das Land und die Welt bezeichnet werden. Den Kommunisten ist es gelungen, im ganzen preußischen Staat starke Kampfeinheiten zu bilden. Die Ruhestörungen der letzten Zeit sind mit sehr wenigen Ausnahmen auf ihre gesetzwidrige Tätigkeit zurückzuführen. Keine Regierung hätte diesen Zustand länger dulden können, ohne ihre eigene Autorität aufzugeben. Wie aus den Berichten der Presse bekannt ist, ist die Ordnung nun in ganz Deutschland wieder hergestellt (? D. R.). Die jetzige Regierung wird dafür sorgen, daß diese Ordnung unter keinen Umständen wieder gestört wird. Seit meiner Ernennung zum Reichskanzler sind im Auslande Befürchtungen zum Ausdruck gekommen, daß diese Regierung die Errichtung einer Diktatur in Deutschland begünstigen könnte. Weder ich noch meine Kollegen in der Regierung werden einen solchen Schritt unterstützen. Wenn man die Lage verstehen will, in der sich Deutschland befindet, so muß man sich darüber klar werden, daß der Urgrund aller Verzweiflung und Unzufriedenheit im Vertrage von Versailles liegt. Es gibt keinen Deutschen, welcher die Bestimmungen des Vertrages, die Deutschland in eine Stellung minderen Rechts gebracht haben, als gerecht anerkennen würde. Dies trifft in erster Linie für die deutsche Jugend zu, die infolge der jetzigen traurigen Wirtschaftslage den härtesten Entbehrungen ausgesetzt ist und umsoweniger versteht, warum sie weiterhin für das uns durch diesen Vertrag zugefügte Unrecht leiden soll. Diese Jugend, die keine Hoffnung auf die Zukunft hat, ist darin besonders empfindlich. Das deutsche Volk wünscht nichts sehnlicher, als in Frieden zu leben, um alle ihm innewohnenden Kräfte den großen Aufgaben zuzuwenden, welche die Nachkriegszeit für den Wiederaufbau der Welt gestellt hat. Aber es ist unerträglich für das deutsche Volk, daß ihm heute, 14 Jahre nach dem Kriege, sein Anspruch auf Gleichberechtigung, zu dem es sich als große Kulturnation berechtigt fühlt, durch die diskriminierenden Bestimmungen des Versailler Vertrages immer noch vorenthalten wird. Ich bin überzeugt, daß gerade das große Land, zu dessen Bürgern ich heute sprechen darf, diese Gefühle völlig verstehen und würdigen wird. Recht und Gerechtigkeit sind die Grundsätze, die immer in der Welt herrschen müssen. Laßt uns von der Vergangenheit lernen und eine bessere Zukunft aufbauen, indem wir die Welt durch Selbstüberwindung überwinden, mit Gottes Hilfe im Geiste der Zusammenarbeit für das allgemeine Wohl.

Ausgezeichneter Empfang der Kanzlerrede in U.S.A.

Neuyork, 29. Juli. Die Rundfunkrede des Reichskanzlers von Papen wurde dank der sehr klaren Uebertragung ausgezeichnet verstanden. Die Rede wurde auf sämtliche Sender der Vereinigten Staaten und Kanadas übernommen. Von allen Seiten wird bestätigt, daß der Empfang sehr gut gewesen ist. Die Rede des Reichskanzlers wurde von dem wohl größten unsichtbaren Auditorium der Welt angehört.

SLUB
Wir führen Wissen.